

Informationspapier der Julis Weinheim-Schriesheim zum Thema Wehrpflicht



Informationspapier der Julis Weinheim-Schriesheim zum Thema Wehrpflicht

Inhalt:

1. Grundsatzreferat gegen die Wehrpflicht
2. Fragen und Antworten zur Wehrpflicht
3. Europäische Verteidigungspolitik – ohne Wehrpflicht

1. Grundsatzreferat gegen die Wehrpflicht

1. Wehrpflicht - nicht mehr zeitgemäß

Hintergrund der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in der Bundesrepublik war die Zusicherung an die NATO, dem Bündnis im Bedarfsfall 500 000 Soldaten zur Verfügung zu stellen, um der Bedrohung durch den Ostblock im Kalten Krieg entgegenzutreten. Die Anzahl der notwendigen Soldaten wäre anders als durch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht nicht zu erreichen gewesen. Im kollektiven Sicherheitssystem der NATO sind 2 Mio. Soldaten ausreichend, um den militärischen Anforderungen zu genügen. Gegenwärtig verfügen alle NATO-Länder zusammengenommen über 4 Mio. Soldaten. Eine Reduzierung der Anzahl der Streitkräfte ist somit vertretbar. Die Wehrpflicht ist damit zur Sicherung der Verteidigungsstärke nicht mehr notwendig und hat als Relikt des Kalten Krieges ihre Rechtfertigung verloren.

Als tiefer Eingriff in die Freiheit des jungen Bürgers ist die Wehrpflicht sowohl aus grundgesetzlicher als auch aus liberaler Sicht nur gerechtfertigt, wenn es die äußere Sicherheit des Staates nicht anders zulässt. Die veränderte sicherheitspolitische Lage rechtfertigt diesen Eingriff nicht mehr und ist daher auszusetzen. Die Jungen Liberalen fordern die Einführung einer Freiwilligen- bzw. Berufsarmee.

Auch das Argument, die Bevölkerung reagiere wegen der persönlichen Betroffenheit des einzelnen Bürgers auf einen Einsatz einer Wehrpflichtigenarmee sensibler als auf den einer Freiwilligenarmee, wodurch ein unnötiger Krieg verhindert werden könnte, kann entkräftet werden. Der mündige Bürger - und entsprechend sein Repräsentant im Deutschen Bundestag - wird verantwortlich mit der Entscheidung über einen militärischen Einsatz umgehen, unabhängig von persönlicher Betroffenheit. Ohnehin ist eine unfreiwillige Verpflichtung von Wehrdienstleistenden bei Auslandseinsätzen unzulässig. Eine klare, eng gefasste Definition im Grundgesetz, in welchen Fällen Bundeswehreinätze möglich sind, z.B. zu humanitären Interventionen als Nothilfe, wäre u.E. ein geeignetes Mittel, einem Mißbrauch der Streitkräfte vorzubeugen.

Ein Staat im Staate wäre nicht zu befürchten, denn auch Berufs- oder Zeitsoldaten sind Staatsbürger, die Teil unserer demokratischen Gesellschaft sind und sich in freier Berufswahl für eine militärische Laufbahn entschieden haben. Die Bundeswehr unterliegt einer wirksamen parlamentarischen Kontrolle. Großbritannien hat seit jeher ein Berufsheer, in den USA ist die Wehrpflicht seit 1972 und in Frankreich seit 1997 ausgesetzt, in Italien seit 1999 abgeschafft. Die demokratische Grundordnung dieser Staaten dürfte außer Frage stehen. Deutschland verbleibt als einzige der großen westlichen Demokratien mit einer Wehrpflichtigenarmee.

2. Kosten der Wehrpflicht

Die Wehrpflicht ist in einer arbeitsteiligen Gesellschaft fehl am Platze. Zwar scheint auf den ersten Blick eine Wehrpflichtigenarmee weniger Kosten zu verursachen als eine Berufsarmee, aber die Tatsache, daß Menschen nicht entsprechend ihrer Qualifikation eingesetzt werden, führt zu hohen Reibungsverlusten. Zunächst hat der Dienstleistende die Differenz zwischen hypothetischer marktmäßiger Entlohnung und seinem Sold zu tragen, doch auch dem Staat entgehen hohe Steuereinnahmen. Diese Opportunitätskosten der Wehrpflicht sind verdeckte volkswirtschaftliche Kosten, die in keiner Bilanz auftauchen und dennoch auf zweistellige Milliardenbeträge pro Jahr geschätzt werden. Durch Umwandlung der Bundeswehr in eine Berufsarmee würden diese auf falschem Personaleinsatz beruhenden Reibungsverluste wegfallen.

Durch die Wehrpflicht wird das Berufseinstiegsalter aller jungen Männer um ein Jahr nach hinten verschoben. Dies führt für sie zu massiven Wettbewerbsnachteilen auf dem europäischen und internationalen Arbeitsmarkt. Ungleiche Wettbewerbsvoraussetzungen ergeben sich auch aus der Wehrgerechtigkeit, die de facto nicht besteht und durch die anstehenden Kürzungen im Wehretat noch verschlechtert wird.

3. Effizienz der Streitkräfte

Ein zunehmend wichtiger Aufgabenbereich der Bundeswehr sind friedensschaffende und -sichernde Maßnahmen. Wehrpflichtige dürfen nicht als Krisenreaktionskräfte im Ausland eingesetzt werden und besitzen kaum die hierfür nötige Ausbildung. Professionelle Soldaten hingegen sind entsprechend ausgebildet und motiviert. Notwendig ist eine Modernisierung der Armee, denn moderne Waffensysteme und gut ausgebildetes Personal, nicht die Masse der Soldaten entscheiden heute über die Funktionsfähigkeit einer Armee. Dieser Modernisierung steht die Wehrpflicht eher im Wege, als dass sie ihr nützt.

Die moderne Bundeswehr muß entsprechend ihren neuen Aufgaben den Anteil der Krisenreaktionskräfte erhöhen. Die übrigen Armeeteile sind für die Sicherung der Landesverteidigung verantwortlich. Dabei darf es nicht zu einer Zwei-Klassen-Armee kommen, wie derzeit zwischen Krisenreaktions- und Hauptverteidigungskräften. Die Schaffung eines Generalstabes mit einer zentralen, die drei Teilstreitkräfte koordinierenden Funktion scheint unter Effizienzgesichtspunkten ebenso sinnvoll wie eine Straffung der Bundeswehrverwaltung.

Aufgaben, für die keine militärische Ausbildung erforderlich ist, können auch von Zivilisten mit entsprechender Ausbildung erledigt werden. So haben die Soldaten mehr Zeit, ihren eigentlichen Aufgaben nachzugehen. Wo dies sinnvoll erscheint, können auch Privatisierungen vorgenommen

werden, um Kosten zu sparen und die Arbeitseffizienz zu erhöhen.

4. Die andere Seite der Wehrpflicht - der Zivildienst

Die Zivildienstleistenden sind faktisch zu einem Teil des Sozialsystems geworden. Trotz der vom Staat postulierten Arbeitsmarktneutralität werden mit den Zivildienstleistenden Personallücken geschlossen. Entfällt die Wehrpflicht, so entfällt auch der Zivildienst. Die sozialen Träger müssten ihre Arbeitskräfte auf dem regulären Arbeitsmarkt suchen. Dies wäre angesichts der hohen Arbeitslosigkeit zu begrüßen.

Nach einer Studie der Diakonie Baden-Württemberg könnten ca. sechs bis sieben Hauptamtliche die Arbeitsleistung von ca. zehn Zivildienstleistenden übernehmen. Für die sozialen Träger verursacht eine festangestellte Kraft ca. das dreifache an Personalkosten. Die bisherigen staatlichen Aufwendungen für die Zivildienstleistenden müssten in Form von Zuschüssen den sozialen Einrichtungen zukommen, ebenso wie ein Teil der zu errechnenden Opportunitätskosten des Zivildienstes. Darüber hinaus können durch die Abschaffung des Zivildienstes Arbeitsplätze im Niedriglohnssektor geschaffen werden, die durch das Bürgergeld zu auskömmlichen Einkommen aufgestockt werden können.

Eine sinnvolle Ergänzung bildet ein Freiwilliges Gesellschaftliches Jahr, ein umfassendes Angebot freiwilliger Dienste, z.B. ein Freiwilliges Soziales, Ökologisches, Technisches oder Kulturelles Jahr. Freiwillige Dienste sind in einer liberalen Demokratie, in der die Bürger Verantwortung füreinander übernehmen, die besseren Alternativen zu Zwangsdiensten. Da die Einrichtungen um ihre freiwilligen Kräfte werben müssen, werden die angebotenen Stellen sicherlich an Attraktivität gewinnen. Mittel, dies zu erreichen, sind u.a.:

- Halbjährige Angebote und Teilzeitangebote, die eine Koppelung an Studium und Beruf zulassen
- Koppelung des Gesellschaftlichen Jahres an eine Ausbildung
- Möglichkeit einer Teilabschlussqualifikation bzw. Zertifikats
- Ein Bonuspunktesystem, in dem das Freiwillige Jahr auf die Ausbildungs- oder Studienzeit sowie auf die Altersrente angerechnet wird (Solange es die ZVS und das bisherige Rentensystem noch gibt)
- Eine angemessene Bezahlung, die z.B. der Eingangsstufe der Ausbildungsvergütung entspricht

Es steht zu erwarten, dass in einem Klima der Freiwilligkeit die freiwillige Leistung auch gesellschaftliche Anerkennung findet. Entsprechend hoch dürfte auch das Interesse an einem Freiwilligen Jahr sein: Die Diakonie geht davon aus, dass man mit einem attraktiven Freiwilligendienst

bundesweit mindestens 60 000 junge Frauen und Männer gewinnen könnte.

Ein freiwilliger Dienst kann nicht zuletzt auch bei der Bundeswehr geleistet werden. Deshalb gelten die für das Freiwillige Gesellschaftliche Jahr genannten Bedingungen zur Attraktivitätssteigerung ebenso für einen freiwilligen Armeedienst. Eine besser ausgestattete Armee, die technisch auf dem neuesten Stand ist, dürfte für viele junge Menschen mit unterschiedlichsten Interessen etwas bieten. Wichtig ist eine heimatnahe Verwendung auf Wunsch, flexiblere Dienstzeiten, eine Bundeswehrverwaltung, die sich als Dienstleister versteht, gute Weiterbildungsmöglichkeiten, eine verbesserte politische Bildung und eine angemessene Entlohnung.

2. Fragen und Antworten zur Wehrpflicht

Frage 1:

Die Bundeswehr hat in den letzten 50 Jahren in einem erheblichen Masse zu Frieden, Freiheit und Sicherheit in Europa beigetragen. Es gibt keinen Grund, etwas an ihrer bewährten Struktur zu ändern. Diejenigen, die die Abschaffung der Wehrpflicht und eine Berufsarmee (= Freiwilligenarmee) fordern, sind auch diejenigen die die Abschaffung der Bundeswehr wünschen

Die Verdienste der Bundeswehr werden von den Jungen Liberalen nicht bestritten. Wir stehen zur Bundeswehr, zur NATO und zu Kampfeinsätzen im UNO-Auftrag. Gerade das unterscheidet uns von den Grünen.

Von den Konservativen in SPD und CDU unterscheidet uns, dass wir der Meinung sind, dass auch bewährte Institutionen der Überprüfung bedürfen.

Nicht nur wir halten eine Prüfung der Wehrpflicht für notwendig. Auch die "Unabhängige Kommission für die zukünftigen Aufgaben der Bundeswehr" hat (bereits 1991) festgestellt: Die allgemeine politische Begründung für die Wehrpflicht ist schwieriger geworden. Deshalb ist sorgfältig und rechtzeitig zu prüfen, ob Freiwilligenstreitkräfte in langfristiger Perspektive nicht an die Stelle der Allgemeinen Wehrpflicht treten sollte".

Frage 2:

Die Diskussion schadet dem Ansehen der Streitkräfte.

Jeder Staatseingriff bedarf der Legitimation und der ständigen Überprüfung der Legitimation.

Die Wehrpflicht und der Ersatzdienst sind unbestritten sogar ein vehementer Staatseingriff, ein tiefer Staatseingriff in die individuelle Freiheit, in die Freiheitsrechte junger Menschen. Deshalb muss sich auch die Bundeswehr einer Reformdiskussion stellen.

Klar ist: Kommt die Bundeswehr ohne Wehrpflicht aus, muss der Wehrdienst zwingend fallen.

Denn sie schränkt ein:
das Grundrecht auf freie Berufswahl
das Grundrecht auf Freizügigkeit

Sie ist auch ein vehementer Eingriff in den freien Markt:
es werden "Zwangslöhne" gesetzt
es findet – überspitzt ausgedrückt - "Zwangsarbeit" statt

Ein solcher Staatseingriff lässt sich nur rechtfertigen, wenn ein zwingender öffentlicher Zweck also Gemeinwohlaspekte dies nahelegen.

Frage 3

Aber die Bundeswehr ist doch mit guten Gründen, die die Einschränkung von Freiheitsrechten rechtfertigen, als Wehrpflichtarmee eingeführt worden.

Für die Einführung der Bundeswehr hat es in der Tat gute Gründe gegeben:

- a) innere Situation der Bundesrepublik
 - die Armee als Staat im Staate in der Weimarer Republik
 - die mangelnde demokratische Tradition der jungen Bundesrepublik
 - die vielen ehemaligen Nazis zu Beginn der Bundesrepublik
- b) äußere Situation der Bundesrepublik
 - Bedrohung durch die Staaten des Warschauer Vertrages
 - Grosse Bedeutung der personellen Ausstattung der Armee für die konventionelle Streitmacht

Liberale fragen aber in allen Bereichen, ob ehemals vielleicht gerechtfertigte Staatseingriffe auch heute noch zu rechtfertigen sind.

Die Gründe, die einst für die Wehrpflicht gesprochen haben, sind heute weggefallen:
die Bundesrepublik ist heute eine ebenso gefestigte Demokratie wie etwa Frankreich oder Großbritannien, die die Wehrpflicht abgeschafft haben bzw. schon lange über eine Berufsarmee verfügen. Die ehemaligen Nazis

sind aufgrund ihres Alters bekanntlich nicht mehr im wehrfähigen Alter. Die Armee ist demokratisch strukturiert und kontrolliert. Der Oberbefehl liegt nicht mehr bei einem Armeemitglied, sondern beim Verteidigungsminister/Bundeskanzler. Außerdem gibt es einen Wehrbeauftragten des Bundestages, der die demokratische Kontrolle sicherstellt und Vertrauensmänner, die von Einheiten gewählt, auf Verfehlungen aufmerksam machen.

Die Notwendigkeit der Wehrfähigkeit der gesamten Bevölkerung ist nicht mehr gegeben. Durch die veränderte Bedrohungslage in Europa und die feste Verankerung Deutschlands und auch Osteuropas im nordatlantischen Verteidigungsbündnis ist der Bedarf an einem übergroßen (Reservisten-)Kontingent in Deutschland nicht mehr vorhanden. Die notwendige Personalstärke (auch des Reservistenkorps) kann auch durch freiwillig Kurzzeitdienende ausgeglichen werden. Die technische Ausstattung einer Armee ist heute ein wichtigerer Faktor als die Massenrekrutierung von "Kanonenfutter".

Die Wehrpflicht mag ein legitimes Kind der Demokratie sein. Sie ist aber heute sicher kein zwingend notwendiges – "sie kann auch andere Kinder" haben - , z.B. die Freiwilligenarmee.

Frage 4

Sicher: die alten Gründe sind weggefallen, aber es sind inzwischen neue Gründe hinzugekommen"

Dies ist in der Tat eine berechtigte Anmerkung. Von den Befürwortern der Wehrpflicht werden hauptsächlich folgende Argumente genannt:

1. Ohne Zivildienstleistende würde das Sozialsystem zusammenbrechen.

Es ist grotesk, dass das stärkste Argument der Wehrpflichtbefürworter ausgerechnet jene jungen Menschen sind, die im Grundgesetz noch als klare Ausnahme definiert werden und die die Anhänger der Wehrpflicht ehemals als Drückeberger diskreditiert haben.

Es ist richtig, dass ein Zivildienstleistender 10-15.000 Euro im Jahr billiger ist als eine ausgebildete Kraft. Aber: Wenn es um Freiheitsfragen oder um die Sicherheit der Bürger geht, sollte man nicht – wie es jene tun, die die Zivildienstleistenden als Säule der Wehrpflicht betrachten – finanzielle Erwägungen in den Vordergrund stellen. Die vorgeblichen Kostenersparnisse sind zudem ökonomisch fragwürdig. Die Zwangslöhne stellen gewissermaßen eine "Subvention" des Staates für bestimmte Institutionen bzw. eine Sondersteuer für junge Männer dar. Sie führen zu Preisverzerrungen und damit zu Marktineffizienzen. Sie sind letztlich Ursache für den Zusammenbruch des Marktes für soziale Dienstleistungen. (Potentielle) private Anbieter sozialer Dienstleistungen

müssen Marktlöhne, die über den Zwangslöhnen liegen, bezahlen und in Folge dessen auch höhere Preise verlangen. Damit sind sie weniger konkurrenzfähig. Hierdurch entsteht ein ineffizientes staatliches Monopol für soziale Dienstleistungen.

Auch aufgrund der mangelnden Ausbildung/Qualifikation und auch der manchmal mangelnden Motivation vieler Zivildienstleistender hat der zunehmende Einsatz von Zivildienstleistenden zu einer schleichenden Qualitätsverschlechterung im sozialen Bereich geführt. Auch in den meisten anderen Ländern ist ohne Zivildienstleistende soziale Sicherung möglich.

Die Zivildienstleistenden werden ohne ausreichende Vorbereitung bei psychisch schwierig zu verkraftenden Arbeiten eingesetzt. Dies ist auch gegenüber den Zivildienstleistenden als problematisch anzusehen.

Bei der Unersetzbarkeit der Zivildienstleistenden hat man immer nur den Zivi im Altersheim im Blickfeld – nicht denjenigen, der oft ebenso motivations- wie sinnlos und volkswirtschaftlich fragwürdig seine Zeit bei niederen Verwaltungs- und Hausmeisterarbeiten diverser Institutionen und Organisationen durchführt.

Durch die Zwangsfestlegung auf Bundeswehr und "soziale Dienste" werden hochleistungsfähige junge Menschen an einer Arbeit gehindert, die ihren Qualifikationen entspricht.

Mit dem Argument, das Sozialsystem könnte zusammenbrechen, ließe sich ebenso eine willkürliche Verlängerung des Zivildienstes rechtfertigen. Aber Wehrpflicht/Ersatzdienst (oder Dienstpflicht) sind nicht dazu da, die Mängel des durch zu viel Umverteilung und zu viel Staat marode gewordenen Sozialsystems zu vertuschen.

Ohne volkswirtschaftliche Folgeeffekte zu berücksichtigen errechnet die Bundeswehruniversität Hamburg staatliche Einnahmeausfälle in Höhe von 3,2 Mrd. Euro. Hinzu kommen Ersparnisse etwa durch eine geringere Anzahl von Kasernen, weniger Kleidern usw. Deshalb kommen die Hamburger Wirtschaftswissenschaftler zu dem Schluss, dass eine Freiwilligenarmee volkswirtschaftlich und sozialpolitisch überlegen ist.

Die Freiwilligenarmee entspricht besser der arbeitsteiligen Dienstleistungs- und Industriegesellschaft. Ökonomisch ist die Wehrpflicht höchstens für Sozialdemokraten ein geeignetes Modell.

Auch steuerzahlende junge Menschen sind gut für die Allgemeinheit. Mehr junge Arbeitskräfte bedeuten nicht mehr Arbeitslose. Die "Kuchentheorie", nach der eine neue Arbeitskraft einer anderen Arbeitskraft den Arbeitsplatz wegnimmt ist falsch (sonst wären auch generelle Zwangsarbeitszeitverkürzungen oder Zwangslöhne sinnvoll). Selbst wenn die "Kuchentheorie" stimmen würde eignete sich die Wehrpflicht lediglich

zur Verdeckung von Arbeitslosigkeit anstatt Signale für einen notwendigen Strukturwandel zu setzen.

An Schule- und Hochschule wollen wir die Ausbildungszeit verkürzen, indem wir u.a. die Schulzeit auf 12 Jahre beschränken, weil unsere Mitkonkurrenten im internationalen Wettbewerb früher auf den Arbeitsmarkt kommen. Der in diesem Zusammenhang im internationalen Vergleich am meisten zu Buche schlagende Wehrdienst/Ersatzdienst kann von diesen Erwägungen nicht ausgenommen werden.

Die Wehrpflichtarmee ist mittelstandsfeindlich: "Durch die Heranziehung zum Wehrdienst werden viele Existenzgründungswillige daran gehindert, ihre Pläne zu verwirklichen. Ferner werden gerade kleine und mittlere Betriebe über Gebühr belastet, wenn ihre Mitarbeiter aus dem Arbeitsprozess herausgerissen werden" (Europaverband der Selbständigen/Bundesverband Deutschland).

2. Es hat noch niemandem geschadet, bei der Bundeswehr zu sein oder Ersatzdienst zu leisten". "Das ist für junge Menschen eine gute Erfahrung". "Freiheit heißt auch Verantwortung gegenüber anderen zu ergreifen". "Der Jugend heute geht es nur ums verdienen, nicht ums dienen".

Eine Skepsis gegenüber angeblichen "Pflichten" ist insbesondere dann gerechtfertigt, wenn mit angeblichen "Pflichten" Staatseingriffe gerechtfertigt werden sollen.

Für Liberale sind Freiheit und Verantwortung zwei Seiten einer Medaille. Sie gehören untrennbar zusammen. Wer aber wie die Anhänger der Wehrpflicht Verantwortung gesetzlich regelt, hat den Verantwortungsbegriff nicht verstanden. Denn Verantwortung wird aus Überzeugung ergriffen – nicht verordnet.

Verordnet werden dagegen Pflichten. Auch Liberale bestreiten nicht, dass es gesellschaftliche Pflichten gibt, z.B. die Steuerpflicht. Pflichten sollten aber auch als solche bezeichnet werden und nicht – wie es die Anhänger der Wehrpflicht häufig tun - mit dem Verantwortungsbegriff schöngeredet werden. Vom Staat auferlegte Pflichten haben etwas mit Zwang zu tun. Und ein solcher muss gerechtfertigt werden.

Ein solcher Pflichtdienst ist im übrigen nicht immer wirklich auch eine verantwortliche oder verantwortungsvolle Tätigkeit. Nicht derjenige tut etwas für die Gesellschaft, der selbstzweckartig einen (oft sinnlosen) Pflichtdienst nachgeht, sondern derjenige, der von sich aus, (oder mit Anreizen) sinnvoll Verantwortung übernimmt.

Es muss andere Möglichkeiten geben, junge Menschen in ihrer "Prägungsphase" zu mehr Dienst an der Gesellschaft zu bewegen.

Folgende Liste ist keineswegs komplett, aber es sind diskussionswürdige Ansatzpunkte:

- Kooperationen von Schulen mit sozialen Einrichtungen, Altersheimen, Schulen für Lernbehinderte etc.
- Erziehung zur Verantwortung in der Schule innerhalb des Unterrichts durch veränderte Lehrpläne außerhalb des Unterrichts etwa auch im Rahmen von Projektwochen als "Verantwortungswochen"
- In Frankreich wurde als Ersatz ein kurzes (einwöchiges) "Freiwilliges Bürgerrendezvous" angedacht. Bonus-Systeme, nach denen sich soziales Engagement positiv auf Ausbildung/Studium auswirkt.
- bessere Förderung ehrenamtlichen Engagements

3. Eine "Bundeswehr als Freiwilligenarmee" wäre eine "Armee der Dummen" Die Bundeswehr würde sich aus dem Bewusstsein der Bürger entfernen und sich von der Gesellschaft absetzen.

Die Verbindung zwischen Bundeswehr und Bürger wird auch durch die freiwillig kurzzeitdienenden Mannschaftsdienstgrade ermöglicht. Kurze Verpflichtungszeiten sind auch in einer Freiwilligenarmee möglich. Auch die jetzigen Zeit- und Berufssoldaten sind keine Rambos. Zudem ist es fraglich, ob die Wehrpflicht die Verbindungsfunktion in einem solchen Umfang überhaupt noch in bedeutendem Umfang leistet, da die Anzahl der Zivildienstleistenden die der Wehrpflichtleistenden mittlerweile übersteigt und gerade der Akademikergrad bei den Verweigerern überdurchschnittlich ist.

Durch weitere Attraktivitätssteigerung des Berufsbildes des Bundeswehrsoldaten kann auch in einer Freiwilligenarmee das Potential an Intelligenz, Fähigkeiten und beruflicher Ausbildung aus der gesamten Bevölkerung integriert werden. Dieser Beruf muss am Arbeitsmarkt konkurrenzfähig werden.

4. Die Wehrpflichtarmee ist einfach besser.

Moderne High-Tech-Ausrüstungen erfordern Spezialisten - keine 10 Monatslehrlinge. Die Reservistenausbildung kann die Kenntnis über den "Stand der Technik" nicht ernsthaft bei den Reservisten sichern. Wehrpflichtige sind höchstens bei "Basisübungen" gut, die sie gerade intensiv trainiert haben.

Die Frage der territorialen Verteidigung unseres Landes und der Länder unserer Verbündeten ist in den Hintergrund getreten. Wir brauchen jetzt Streitkräfte, die ihre Wirksamkeit nach außen projizieren können. Der wehrpflichtige Soldat ist zweifelsohne der ideale Vaterlandsverteidiger.

Aber er ist auch ohne Zweifel der ungeeignetste Expeditionssoldat. Deutschland braucht aber eine interventionsfähige Armee.

Die künftige Struktur der Bundeswehr muss im Zusammenhang mit EU, WEU, OSZE, NATO und UN gesehen werden. Die internationale Zusammenarbeit erfordert ständige Abrufbereitschaft und eine enorme Spezialisierung. Das kann eine Wehrpflicht-Armee nicht so gut leisten. Eine Freiwilligenarmee trägt zur Harmonisierung der Armeestrukturen in der Europäischen Union bei, da sie eine Angleichung an die Verteidigungskonzeptionen unserer europäischen Bündnispartner bedeutet. Dies stellt den ersten Schritt zu einer wirklich einheitlichen europäischen Sicherheitspolitik dar.

Die Wehrpflicht setzt ganz auf den Produktionsfaktor Arbeit. Heute ist aber eine Bundeswehr die sich mehr auf den Faktor Kapital, d.h. auf die Ausstattung und daher mit weniger Soldaten auskommt sinnvoll. Die Investitionsquote muss höher als 30 Prozent sein, sagen Fachleute. Eine Wehrpflichtarmee verführt zu einer Verzögerung des Strukturwandels in der Bundeswehr.

Selbst falls eine Wehrpflichtarmee wirklich "stärker" wäre, weil ihr "intelligenter" Soldaten angehören würden, handelte es sich dabei kaum um signifikante Unterschiede, die den gewaltigen Freiheitseingriff rechtfertigen. Niemand kommt etwa auf den Gedanken, aufgrund der Tatsache, dass die innere Sicherheit eher als die äußere Sicherheit bedroht ist, eine "Polizeipflicht" einzuführen, um intelligentere Ermittler zu haben.

5. Die Freiwilligenarmee würde häufiger eingesetzt als eine Wehrpflichtarmee, weil alle ihre Mitglieder Freiwillige sind und sich zum Opfern verpflichtet haben.

Auch eine Freiwilligenarmee untersteht weiterhin dem Primat der Politik. Verantwortliche Politik schickt junge Berufssoldaten genauso schwer in Kampfeinsätze wie junge Wehrpflichtige. Die Außen- und Sicherheitspolitik wird durch Bundesregierung und Parlament gestaltet und ist damit von der Wehrform unabhängig. Die "Kultur der Zurückhaltung" kann auch ohne die Beibehaltung der Wehrpflicht weitergeführt werden. Eine gut ausgerüstete Freiwilligenarmee ist deshalb in der Tat eine interventionsfähige Armee – keine Interventionsarmee. Ob Wehrpflichtarmee oder nicht: Deutschland wird sich aus internationaler Verantwortung nicht mehr mit dem Scheckbuch herauskaufen können.

6. Die Bundeswehr hat in ihrer jetzigen Struktur gerade in den letzten Jahren große Erfolge gefeiert und nationales Renommee gewonnen.

Für die Einsätze am Oderbruch verdient die Bundeswehr Lob und

Anerkennung. Dies aber als Argument für die Wehrpflicht heranzuführen ist nicht nur sachfremd. Es beleidigt die beteiligten Berufssoldaten und die freiwilligen Helfer – gerade auch der Hilfsorganisationen, die kompetent Hilfe geleistet haben.

Frage 5

Ist eine Freiwilligenarmee nicht verfassungswidrig?

Eine "Aussetzung der Wehrpflicht" ist nicht verfassungswidrig.

Frage 6

Aber eine Aussetzung der Freiwilligenarmee wäre doch Etikettenschwindel. Sie wäre im Bedarfsfall nicht wieder schnell einführbar.

Richtig ist, dass man nicht von heute auf morgen eine Wehrpflichtarmee auf dem Stand von heute einführen kann und die "allgemeine Wehrfähigkeit der Gesamtbevölkerung" aufgrund nicht vorhandener Reservisten geringer wäre. Heute spielt aber die Wehrfähigkeit der Gesamtbevölkerung eine militärisch unbedeutende Rolle. Aber selbst wenn man zu dem Schluss kommt, dass dem nicht so ist, ist eine Generalmobilmachung in relativ kurzer Zeit machbar. Schließlich erwachsen Krisensituationen nicht aus dem luftleeren Raum. Zudem sollte der militärische Kenntnisstand der meisten Reservisten nicht überschätzt werden, so dass derartige Defizite bei der Generalmobilmachung schnell überwunden werden können.

Frage 7

Aber wenn man etwas an der Struktur der Bundeswehr ändert, dann ist die "Allgemeine Dienstpflicht" (auch wahlweise Soziales Pflichtjahr oder Bürgerjahr genannt) die sinnvollere Variante im Vergleich zur Freiwilligenarmee. Im übrigen könnten dabei auch Frauen einbezogen werden.

Der einzige Vorteil der Allgemeinen Dienstpflicht (ADP) ist, dass das "Wehrungerechtigkeitsargument" entfällt und die ADP sicherlich die ehrlichere Lösung ist. Denn schon heute gehen zur Bundeswehr nur noch die Überzeugten oder jene, die es versäumt haben zu verweigern.

Die Dienstpflicht würde aber zu noch mehr Freiheitsentzug führen, da immer weitere Personengruppen, die bisher ausgemustert oder nicht erfasst (Frauen) wurden unter staatlichen Zwang gestellt würden und als Arbeitskräfte verloren gingen.

Die Dienstpflicht auch für Frauen ist zudem problematisch, da Frauen in der Regel nicht nur immer noch nicht gleichberechtigt sind, sondern zusätzlich – auch wenn das Argument abgegriffen klingt – es stimmt - die Lasten der Geburt tragen.

Die allgemeine Dienstpflicht wäre zudem (größerer Personenkreis!) noch weniger arbeitsmarktneutral als der Zivildienst. Es würde zu ADP-bedingten Entlassungen aufgrund niedriger Zwangslöhne kommen. Neue ineffiziente "soziale Jobs" würden geschaffen werden. Ein künstliches Angebot würde sich seine Nachfrage schaffen. Es entstünde eine Dienstpflicht-Bürokratie.

Immer neue Begründungen für Engpässe würden nach dem Vorbild des "sozialen Engpasses" entstehen. Der "ökologische Engpass" ist schon entdeckt. Irgendwann werden sich auch andere Bereiche finden, die "nicht mehr anders bezahlt werden können".

Fragwürdig ist auch, welche Dienste als soziale Dienste gelten. Die Abgrenzung ist unscharf. Ist etwa das ehrenamtliche Engagement in einer Partei weniger ein sozialer Dienst als die Beschäftigung in einer Jugendherberge?

Da keine Legitimation durch die Notwendigkeit der Sicherung der Landesgrenzen erfolgt, sondern eine "soziale" bzw. "Verantwortungsbegründung" erfolgt, ist die Dienstpflicht schlicht verfassungswidrig.

3. Europäische Verteidigungspolitik – ohne Wehrpflicht

Unabhängig von den tagespolitischen Sicherheitserfordernissen treten die Jungen Liberalen dafür ein, dass Sicherheits- und Verteidigungspolitik immer weniger nationale und immer mehr europäische Kompetenzen werden. Dem Hohen Repräsentant der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sollten deshalb schrittweise mehr Kompetenzen übertragen werden, z.B. größere Verhandlungsspielräume. In der GASP muss das Mehrheitsprinzip eingeführt werden.

Die Westeuropäische Union WEU ist dabei Keimzelle einer zukünftigen Verteidigungsstruktur, in die die nationalen Armeen immer mehr integriert werden müssen. Die WEU bleibt in die NATO eingebunden und muß zugleich in vielen Fragen selbständig Entscheidungen treffen können. Europa muß seine Sicherheitsinteressen als gleichberechtigter Partner in der NATO wahrnehmen und darf sich nicht als Verteidiger einzelner sicherheitspolitischer Interessen mißbrauchen lassen.

Die Vereinten Nationen müssen zu einem System kollektiver Sicherheit besser ausgebaut werden. Die UNO braucht hier eine systematische Zuteilung regionaler Sicherheitssystemen, die die Stabilität vor Ort nach subsidärem System organisiert.

Die Jungen Liberalen erkennen die großen Verdienste der Bundeswehr für die Sicherung des Friedens in Europa an. Die Wehrpflichtarmee war

jahrzehntelang ein nicht wegzudenkender Bestandteil unserer Demokratie.

Die Jungen Liberalen halten die allgemeine Wehrpflicht jedoch nicht mehr für zukunftsfähig. Sie ist aus Wehrgerechtigkeitsgründen, aufgrund des Wegfalls der Bedrohung durch die ehemaligen Mitgliedsstaaten des Warschauer Vertrages und wegen der gestiegenen internationalen Verantwortung Deutschlands nicht mehr aufrechtzuerhalten.

1. Gründe für ein Umdenken bei der Wehrpflicht

a) Gerechtigkeit schaffen

Die Wehrgerechtigkeit ist ein drängendes Problem der Bundeswehr als Wehrpflichtarmee. Schon derzeit sind die Wehrpflichtausnahmen für Theologiestudenten oder dritte Söhne nicht nachvollziehbar und widersprechen dem grundgesetzlich garantierten Gleichheitsgrundsatz. Die Reduzierung der Bundeswehr reduziert die Anzahl der Wehrdienstleistenden weiter. Die Wehrgerechtigkeit hat bereits eklatante Ausmaße angenommen und wird bei einem weiteren Senken der Sollstärke zusätzlich verschärft. Eine weitere Reduzierung ist keine Lösung, da sie zwangsläufig in militärisch nicht tragbarer Weise zu Lasten der Ausbildung gehen und die Leistungsunterschiede zwischen Wehrpflichtigen und Berufssoldaten weiter erhöhen würde.

b) Veränderten Anforderungen begegnen

Die Reduzierung der Bundeswehr aufgrund eines stabilen Netzes internationaler Verträge, die veränderte Sicherheitslage in Mitteleuropa und die gestiegene Verantwortung des vereinigten Deutschlands in der Welt erfordern neue Antworten für die Organisation der äußeren Sicherheit Deutschlands.

Die in Anbetracht der nuklearen Gefahrenpotentiale ohnehin seit Jahren fragwürdige Konzeption der Mann - und materialintensiven konventionellen „Vorne - Verteidigung“ zur Abwehr einer potentiellen Invasion aus dem Osten ist gegenstandslos geworden. Der dafür ursprünglich erforderliche hohe Mobilisierungsstandard, der durch die Wehrpflicht gewährleistet werden konnte ist heute entbehrlich.

Künftig muss Deutschland in der Lage sein, im Rahmen der UNO, der KSZE und der NATO flexibel auf Bedrohungen reagieren zu können. Dazu gehört auch die Beteiligung der Bundeswehr an UN-Missionen, auf die Wehrpflichtige aber zumindest aus Gründen der Legitimität nicht verpflichtet werden können. Zudem erscheint bei einer weiter verkürzten Ausbildungszeit der Wehrpflichtigen deren Einsatz bei UN-Missionen militärisch nicht mehr verantwortbar.

Zur Gewährleistung der aufgezeigten militärischen Aufgaben bedarf es

einer allgemeinen Wehrpflicht nicht, die unter den veränderten Bedingungen einen illegitimen Eingriff in die elementaren Freiheitsrechte junger Männer darstellt.

2. Neue Strukturen für die Bundeswehr

Die Jungen Liberalen treten für eine Bundeswehr aus freiwillig dienenden Zeit- und Berufssoldaten ein. Sie ist durch ein Aussetzen der allgemeinen Wehrpflicht durch ein Bundesgesetz zu schaffen. Im Gegensatz zur allgemeinen Dienstpflicht ist dies ohne Grundgesetzänderung möglich (Art. 12 a GG). Bei einer veränderten Sicherheitslage kann der Staat die allgemeine Wehrpflicht per Gesetz wieder einführen.

Ein hoher Anteil aus Kurzzeit dienenden Zeitsoldaten gewährleistet einen ständigen Austausch zwischen Bevölkerung und Bundeswehr. Die Vergütungs- und Ausbildungsbedingungen sind so zu schaffen, dass ein möglichst breiter Querschnitt der Gesellschaft in der Bundeswehr repräsentiert ist. Die Gefahr, dass die Bundeswehr als Freiwilligenarmee einen „Staat im Staate“ bilden könnte, ist gering, zumal die Erfahrungen mit den demokratisch verankerten Freiwilligenarmeen Großbritanniens und Japans das Gegenteil belegen.

Darüber hinaus muss die Freiwilligenarmee Frauen den uneingeschränkten Zugang in die Bundeswehr ermöglichen. Es sind dabei gleichberechtigte Ausbildungs- und Aufstiegschancen zu schaffen. Dies beinhaltet auch den Dienst an der Waffe.

Für diese Freiwilligenarmee ist eine angemessene Personalvertretung wie im öffentlichen Dienst zu schaffen. Bis zur Einführung einer Freiwilligenarmee soll die Notwendigkeit zur Darlegung der Gründe für die Kriegsdienstverweigerung entfallen.

3. Umgestaltung der bisherigen Ersatzdienste

Eine Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht leitet unweigerlich eine neue Dimension des Pflegenotstandes ein. Zivildienstleistende müssen heute die „Lückenbüßer“ für eine verfehlte Sozialpolitik spielen.

Die Jungen Liberalen halten an dem gesetzlich festgelegten Grundsatz der Beschäftigungsneutralität des Zivildienstes fest. Es ist unredlich, die allgemeine Wehrpflicht mit dem Argument beizubehalten, dass ohne sie der Pflegebereich zusammenbrechen würde. Der Gesetzgeber muss für die zukünftigen Generationen vertretbare Konsequenzen aus dem Strukturproblem im Sozialbereich ziehen. Dies ist Voraussetzung für eine umfassende Finanzierung unseres Sozialsystems. Es muss eine spürbare Verbesserung der Vergütungsbedingungen für Pflegeberufe erfolgen.

Das achtjährige Verpflichten in einer Organisation des Zivil- und

Katastrophenschutzes war in der Vergangenheit eine attraktive Alternative zum Wehr- und Zivildienst. Die Strukturen im Zivil- und Katastrophenschutz überschneiden sich jedoch derzeit, sind unflexibel und teuer. Darüber hinaus ist der erweiterte Katastrophenschutz (z.B. im Verteidigungsfall) durch eine veränderte Sicherheitslage in Mitteleuropa überholt.

Die Aufgaben der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk sowie der kommunalen Regieeinheiten (z.B. ABC-Einheiten) sollen von Feuerwehren und Bundeswehr übernommen werden. Die Mitarbeit in den übrigen Organisationen des Zivil- und Katastrophenschutzes muss künftig auf freiwilliger Basis erfolgen.

4. Keine allgemeine Dienstpflicht

Die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht kann mit den in der Verfassung garantierten individuellen Persönlichkeitsrechten nicht vereinbart werden und ist abzulehnen.

Der Staat darf nur dann in die Grundrechte eingreifen, wenn es für das Wohl der Allgemeinheit unabdingbar ist. Die Jungen Liberalen treten daher auch hier dafür ein, mehr Freiheit für mehr Menschen zu schaffen.

Das Argument, die Dienstpflicht stärke das soziale Verantwortungsgefühl und begegne der Konsummentalität junger Menschen, ist verfehlt, da Verantwortung auf freiwilliger Entscheidung beruht, nicht auf Pflicht. Abgesehen davon überwiegt der volkswirtschaftliche Nutzen der sich beruflich und wirtschaftlich frei betätigenden Nicht - Dienstverpflichteten dem der Dienstpflicht bei weitem.

5. Freiwilligendienst aufwerten

Das freiwillige Engagement junger Menschen muss eine deutliche gesellschaftliche Aufwertung erfahren. Die Mitarbeit im Sozial- und Entwicklungsdienst, im Zivilschutz und im ökologischen Bereich muss finanziell attraktiv gestaltet werden. Den Teil nehmenden dürfen keinerlei Nachteile in Bezug auf ihren weiteren Berufs - und Lebensweg entstehen.

Genauso wichtig ist aber die gesellschaftlich - politische Unterstützung für junge Menschen, die sich engagieren. Wenn jegliches Argument in der Diskussion um Ausbildungszeitverkürzung auf einen möglichst schnellen Abschluss gelegt wird, kann die Gesellschaft kein Engagement mehr erwarten. Nicht junge Menschen, die sich freiwillig engagieren, sollten sich dafür rechtfertigen müssen, sondern diejenigen, die sich ausschließlich auf eigene Interessen konzentrieren.